

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenblatt und Montag als Abendblatt mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“.

Die Jahrgangshälfte Nordamerica über deren Raum kostet 30.— Mk., einschließlich Postgebühren. Kleine Anzeigen: Das feinsten Druckes Wort 2.— Mk., jedes weitere Wort 1.— Mk.

# Freiheit

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

### Die Antwort der Reparationskommission

(C. F.) Paris, 13. Juli

Die Reparationskommission übermittelte der deutschen Regierung folgende Note: Die Reparationskommission hat die Ehre, der Kriegslastenkommission den Empfang des Memorandums vom 12. Juli zu bestätigen und behält sich vor, dieses mit der ganzen Aufmerksamkeit zu prüfen, die der Ernst der darin geschilderten Lage erfordert.

Durchführungen dieser Maßnahmen der Reparationskommission nicht zugegangen sein wird, kann diese keine Entscheidung treffen. Angeht die Dringlichkeit des Problems glaubt sie aber eine Entscheidung fällen und diese der deutschen Regierung noch vor dem 15. August bekanntgeben zu sollen.

Was die am 15. Juli fälligen Zahlungen betrifft, so erhält die Kriegslastenkommission auf das Schreiben vom 11. Juli Nachricht, daß die Höhe dieser Zahlungen unter Berücksichtigung gewisser Deutschland gutgeschriebenem Kredite sich auf 32 107 297 Goldmark und 70 Pfennige beziffert. Dieser Rest, von dem die deutsche Regierung erklärt, ihn der Reparationskommission zur Verfügung zu halten, muß am 15. Juli bezahlt werden.

ae. Dubois. Bradbury.

### Farbe bekennen!

Die bürgerlichen Mittelparteien gebärden sich sehr überrascht durch die feste Haltung der beiden sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften in der Frage des Schutzgesetzes, der Reichstagsauflösung und der Regierungsumbildung. Dabei ist sowohl dem Zentrum wie den Demokraten von vornherein kein Zweifel darüber gelassen worden, daß diesmal nicht wieder wie beim Erzberger-Mord „alles beim alten bleiben“ könne.

Daß auf den Gewerkschaften das ganze wirtschaftliche Leben des Reiches beruht, kümmert Zentrum und Demokraten dabei nicht. Für sie ist es Pflicht der Gewerkschaften, die Arbeiter zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens anzuhalten. Sobald aber die Gewerkschaften fordern, daß die elementarste politische Bedingung dafür — eine republikanisch-demokratische Politik — erfüllt werde, denunziert man diese Forderung als „unbefugte Einmischung“.

Ohne den gewaltigen Aufmarsch des in den Gewerkschaften organisierten sozialistischen Proletariats nach dem Mord an Rathenau hätte die militärisch-monarchistische Reaktion wiederum die ganze Koalitionsregierung zum Teufel gejagt. Der Reichskanzler Dr. Wirth appellierte unter dem ersten Eindruck des Mordes vor allem an die Arbeiterschaft, zum Schutze der Republik auf den Plan zu treten.

Die beiden sozialistischen Parteien gehen völlig konform mit den Gewerkschaften und deren Forderungen sind auch die der sozialistischen Parteien, die nicht „außenstehende Faktoren“ sind. Zentrum und Demokraten mögen also die Gewerkschaften aus der Substanz lassen und sich an die beiden sozialistischen Parteien halten. Die Geschlossenheit der sozialistischen Parteien und Fraktionen hat bei den bürgerlichen Mittelparteien die Neigung gestärkt, nach rechts Anlehnung zu suchen.

Nach der „Voss. Ztg.“ soll der Reichskanzler Dr. Wirth sich mit der Absicht tragen, wenn keine vorherige Verständigung der Parteien über die Regierungsumbildung zustande kommt, wieder ebenso zu verfahren wie im Herbst vorigen Jahres, als er ohne formelle Parteikoalition mit dem Kabinett der Persönlichkeiten vor den Reichstag trat.

### Hic Rhodus, hic salta!

Das Verhalten der bürgerlichen Linksparteien seit dem Rathenau-Mord erinnert lebhaft an das Grab Langtons in der Kirche zu Canterbury. Genau wie dieses halb in der Kirche, halb außerhalb der Kirchenmauern liegt, so stehen Demokraten und Zentrum zu einer Hälfte bei der Republik zur andern jedoch bei der Monarchie. Das bezeugt am besten ihr ewiges Teufelmeßel mit den ausgesprochenen Monarchisten in der Deutschen und der Deutschnationalen Volkspartei.

Täuschen wir uns nicht, die Arbeiterklasse hat der faulen Kompromisse genug. Sie verlangt diesmal ganze Arbeit. Und sie verlangt durch ihre politischen und gewerkschaftlichen Organisationsvertreter vor allem vom Zentrum und den Demokraten Klarheit. Entweder mit der Republik oder gegen sie; der dritte Weg einer unklaren und verhänglichen Mittellinie ist endgültig ungangbar.

Man muß verstehen, daß die Verschlechterungen des Schutzgesetzes das Mindestmaß des notwendigen Schutzes nicht mehr gewährleisten. Wir verstehen nicht, wie die beiden bürgerlichen Koalitionsparteien in dieser fundamentalen republikanischen Frage sich von den monarchistischen Parteien in eine Art Bürgerkrieg hineinmanövrieren lassen können.

Im sozialdemokratischen Lager mehren sich Stimmen der Unguldenheit mit den bisherigen höchst unzulänglichen Lösungsversuchen der Krise. So schreibt der „Vorwärts“:

Die große Bewegung, die heute durch die Massen der republikanisch gesinnten Bevölkerung geht, wird sich nicht damit beruhigen lassen, daß alles beim alten bleibt. Denn wenn solche Erfahrungen ohne Frucht, solche Anstrengungen ohne Wirkung blieben, dann müßte die Stimmung der Massen in ein gefährliches Schwanken zwischen Resignation und Verzweiflung geraten, und die schlimmsten Folgen wären zu befürchten.

Weiter noch geht die sozialdemokratische „Volkstimme“ in Frankfurt a. M., die heftig die heftig die endlich Klarheit schaffende Erklärung der SPD. von vorgestern angreift, indem sie schreibt:

„Ja warum hat denn die Fraktion diesen Antrag nicht schon lange gestellt? Warum denn dieses allzulange

Herumgehen um den heißen Brei? ... Wir verlangen im Namen der Millionen, die zweimal die Schwurhände zum Firmament aufhoben, um die freie Republik zu schützen, daß umgebend der „formelle Antrag“ gestellt und von ihm das Verbleiben in der Regierung sowie der Bestand des Reichstages abhängig gemacht wird.“

Bei der Reichstagsfraktion der SPD. ist nach dem „Vorwärts“ aus Frankfurt ein Telegramm gleichen Inhalts vom Ortsverein Großfrankfurt eingelaufen.

Ein ähnlicher Beschluß ist auch von dem Magdeburger Bezirk eingelaufen. Und sogar die andere Hochburg des rechten Flügels der SPD., der Bezirk Hannover, begehrt gegen ein neues Verlangen der bisherigen Aktion entschieden auf. Nehmen wir zu diesen gewichtigen Stimmen noch die Erklärung des sächsischen Landesparteitages gegen den Wörlitzer Beschluß, so dürfte jedem klar sein, wie das Barometer steht.

Um so merkwürdiger berührt es, daß leider noch sehr einflußreiche Personen wie Heinrich Cunow usw. sich dafür einsetzen, daß „alles beim alten“ bleibt. Selbst die offizielle Parteikorrespondenz der SPD. verbreitete noch am 12. Juli (!!) folgende Nachricht:

Am Montag abend beschäftigte sich die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei mit der politischen Lage. Der Flügel, der den Wiederaufbau Deutschlands nur auf dem Boden der republikanischen Verfassung für möglich hält, hat starken Zuzug gewonnen. Bemerkenswert ist, daß Stinnes eine sehr entschiedene Rede gegen die monarchistische Agitation und für die republikanische Verfassung gehalten hat. Man darf diese Tatsachen als Zeichen der Stimmung dieser Lage notieren, ohne ihre Bedeutung zu überschätzen. Die Deutsche Volkspartei hat durch Taten zu beweisen, ob man ihren Erklärungen Wert beimessen kann.“

Die rechtssozialistische Frankfurter „Volkstimme“ weiß den Sinn dieser Meldung ganz richtig zu deuten.

„In diesem Wortlaut“, so schreibt sie, „macht sich schon wieder jene gefährliche Kompromißgeneigtheit, jene entscheidliche Gegeneinander-Auspietatsch der letzten Jahre breit, wie sie in der letzten Zeit nimmermalig sein müßte. Wir kennen Stinnes und finden nur bemerkenswert, daß seine jesuitenhafte Masche so dünn auf das Feuer der Massen zur Verhöhnung neuoffen werden soll.“

SPD! Millionen schweißiger Tränen haben sich dir zweimal entgegengereckt, schlag in sie ein und die Massen sind mit dir! Die Einigung des Proletariats, das Schicksal der Republik und das Wohl der deutschen Proletarier, deiner Wähler, steht auf dem Spiel! Keine Stunde darf verloren gehen.“

Diese unzweideutigen Äußerungen bewiesen klar und scharf, was die Stunde geschlagen hat. Diesmal wollen die Arbeiter ihre Forderungen zum Schutze der Republik beachten wissen. Und mehr noch: Sie wollen die Gewähr, durch eine wirklich republikanische Regierung ihre Forderungen durchgeführt zu sehen.

Alles hängt von den Demokraten und Zenträlern ab. An ihnen liegt es, die deutsche Republik, für die auch sie mit den Lippen sind, jetzt auch mit dem Arm zu schützen. Jeder Tag des Zauderns und Ausweichens vor dem Willen der Arbeiterklasse verschärft die Situation. Die Arbeiterschaft wird stark genug sein, allen Hindernissen zum Trotz, sich durchzusetzen und sie wird die Republik schützen und ausbauen gegen alle Widerstände, von welcher Seite sie auch kommen mögen. Ob dann selbst eine Reichstagsauflösung noch eine Lösung bedeutet, das ist sehr zu bezweifeln. Denn das Barometer steht auf Sturm. Mögen die bürgerlichen Linksparteien diese Sturmzeichen verstehen und nicht wieder, wie so oft in ihrer kläglichen Geschichte, mit verbundenen Augen durch die Welt rennen.

# Aus der Dunkelkammer der Reaktion

## Arbeitsgemeinschaft zwischen deutschen und russischen Monarchisten Der „Invalidenverein“ / „Herzlichen Glückwunsch“

vor den Reichstag hintreten mit der Forderung eines Vertrauensvotums für das neue Kabinett. Zentrum und Demokraten dürften sich aber auch gegen ein solches Vorgehen ablehnend verhalten. Dann bliebe nur noch die Reichstagsauflösung und die Ausschreibung von Neuwahlen als Lösung der Krise. Das scheint uns überhaupt der einzige Weg, den noch gangbar ist, zu sein.

Vor der Reichstagsauflösung scheinen die bürgerlichen Parteien große Angst zu haben. Sie suchen besonders außenpolitische Geschäfte bei einer Auflösung an die Wand zu malen. Das auswärtige Amt — bekanntlich eine Brunnstätte der Monarchisten — soll bei den deutschen Botschaftern im Ausland angefragt haben, wie dort eine Auflösung wirken würde. Die Antworten sollen dahin lauten, daß im Ausland das Vertrauen in die Regierungsautorität bei einer Auflösung stark erschüttert wird. Das ist bestellte Arbeit. Das Ausland wird es im Gegenteil als Beweis für die Stärke einer republikanischen Regierung ansehen, wenn diese energisch und entschlossen das Volk aufruft, mit dem ganzen monarchistischen Spuk ein Ende zu machen und eine sichere republikanische Parlamentsmehrheit zu wählen. Deshalb ist die Auflösung eine Notwendigkeit, außenpolitisch wie innenpolitisch. Die Parteien müssen endlich einmal Farbe bekennen: „Die Monarchie!“ — oder „Die Republik!“

### Regierungskrise in Braunschweig

#### Die Flucht vom Ministerfessel.

In der Donnerstag-Sitzung des Braunschweigischen Landtags wurde das Vertrauensvotum behandelt, das die Unabhängig-Sozialdemokratische Landtagsfraktion gegen den Minister Kaeser (Deutsche Volkspartei) wegen seiner innigen Verbindung mit der Organisation „Stahlhelm“ eingebracht hatte. Der Redner unserer Fraktion kennzeichnet zunächst die Politik der Deutschen Volkspartei, die ebenso wie die der Deutschnationalen zu der Vergiftung der politischen Atmosphäre geführt und zuletzt im Rathenau-Mord ihren Ausdruck gefunden hat, und befaßt sich dann mit dem Minister Kaeser persönlich, der Mitarbeiter der bekannten reaktionären Organisation Stahlhelm ist. Anlässlich dieser Sachlage sei es ein Utsin, von einer Regierung, der ein Kaiser angehört, ernsthafte Maßnahmen zum Schutze der Republik oder gegen die Organisation Stahlhelm zu erwarten.

Mit den üblichen Nebenarten versuchte der Sprecher der Deutschen Volkspartei die Schuld von seiner Partei im allgemeinen und von Kaeser im besonderen abzuwälzen; Kaeser habe niemals den Versuch gemacht, eine Regierungsmassnahme zu durchkreuzen. In ähnlichem Sinne — wie könnte es auch anders sein! — sprach sich der demokratische Minister Dönneburg aus. Schließlich ergriff Minister Kaeser selbst das Wort, um zu erklären, daß er, um dem Landtag seine Abtötung zu bewahren, im Einverständnis mit seiner Fraktion freiwillig sein Amt niederlege. Er fügte bei, daß die Deutsche Volkspartei und die ihr angeschlossenen wirtschaftlichen Vereinigungen aus der Regierungskoalition auscheiden. Die Unabhängigen sogen daraufhin ihren Misstrauensantrag zurück und der Präsident schloß die Sitzung.

Damit dürfte indessen die Angelegenheit Kaeser keineswegs erledigt sein, denn das Ausscheiden der Deutschen Volkspartei aus der Regierung bedeutet zugleich den Zusammenbruch der erst kürzlich zustandekommenden Regierungskoalition zwischen Rechtssozialisten, Demokraten und Deutscher Volkspartei. Es hat sich damit herausgestellt, daß die neue Koalition noch viel weniger tragfähig war, als die frühere rein sozialistische Regierung.

### Was geht in Bayern vor?

Auffehen erregende Mitteilungen über die Pläne der Bayerischen Volkspartei gehen der „Dona“ aus München zu. Hiernach sollen die beiden Führer der Bayerischen Volkspartei, Geheimrat Feld und Dr. Heim, die sich in den letzten Tagen abschiedlich von jeder nach außen in Erscheinung tretenden parlamentarischen Tätigkeit zurückgezogen haben, mit dem ehemaligen Kronprinzen Rupprecht einen sehr regen und direkten Verkehr unterhalten. Zweifellos deuten die Konferenzen auf die Beteiligung der Bayerischen Volkspartei an der monarchistischen Bewegung in Bayern hin. Im Zusammenhang damit verdient ein Vorgang Beachtung, der sich vor einigen Wochen in Konstanz abgepielt hat. Dort hatten führende süddeutsche Politiker eine streng vertrauliche Konferenz, an welcher auch Reichstagskanzler Dr. Wirth teilnahm, der zu jener Zeit in Konstanz weilte. Herr Wirth richtete an den Abgeordneten Stang der Bayerischen Volkspartei die Frage, ob und wie er sich erklären würde, ob seine Partei für die Monarchie oder die Republik sei. Stang antwortete, die Frage sei so heikler Natur, daß er darauf nicht ohne weiteres antworten könne, sondern sich erst einmal mit seinen Fraktionsgenossen besprechen müsse. Daraufhin zogen sich die Bayerischen Volkspartei zu einer separaten Beratung zurück. Nach der Rückkehr erklärte Stang namens der Vertreter der Bayerischen Volkspartei, die Frage des Kanzlers könne ohne vorherige Prüfungnahme mit der Wählerschaft nicht beantwortet werden. Die Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei bezichtigten darauf die Konferenz.

War schon hieraus zu erkennen, daß die Bayerische Volkspartei im Verein mit der Mittelpartei die eigentliche Trägerin der monarchistischen Bewegung ist, so gewinnt die Haltung dieser Partei noch an Bedeutung durch die weitere Tatsache, daß erst vor wenigen Tagen hervorragende Führer der Bayerischen Industrie und Wirtschaft in München eine Konferenz abhielten, auf der ganz ernsthaft die wirtschaftlichen Maßnahmen erwogen wurden für den Fall, daß es schon in nächster Zeit zu einer Auflösung Bayerns vom Reiche komme.

### Neues Gehblatt-Verbot

Rögnigsberg, 18. Juli. Auf Grund der Verordnung zum Schutze der Republik hat der Oberpräsident der Provinz Preußen die Bartensteiner Zeitung auf die Dauer von drei Wochen verboten.

Daß von den deutschen Monarchisten Fäden zu den russischen Monarchisten hinüberlaufen, ist in unserer Presse wiederholt hervorgehoben worden. Auf diese Tatsache hat kürzlich auch Karl Rodet in der „Roten Fahne“ hingewiesen und bestimmte Angaben hierfür gemacht. Nun veröffentlicht der „Soz. Volk. Dienst“ einen Brief, der die enge Verbindung zwischen deutschen und russischen Monarchisten ganz offenkundig macht. Der Brief ist vom 22. August 1921 datiert und von dem früheren Führer eines Baltikumkorps, dem Hauptmann Plehn, damals Berlin W. 30, Verchtesgadener Straße 38 wohnhaft, abgefaßt. Gerichtet ist er gleichzeitig an den Feldwebellieutenant Franzen bei der Staatsanwaltschaft Bonn und an einen ebenfalls in Bonn wohnhaften Dr. Straß.

Zunächst nimmt der Briefschreiber auf verschiedene frühere schriftliche Mitteilungen Bezug, die offensichtlich in „ausgefeilter und rätselförmiger Form“ gehalten waren, um sie vor der französischen Zensur zu sichern. Da dieses Schreiben aber durch einen persönlichen Boten überbracht werde, könne er „ungefährlich“ seine Gedanken niederlegen. In der Tat entwickelt dann Plehn ohne Umschweifung seine Pläne und diese sind auch für uns eines näheren Einblicks wert genug.

Es gelte, so betont Plehn, sich für die kommende politische Umwälzung bereitzuhalten.

Eine Zeitanzeige hierfür sei natürlich nicht möglich. Wertvoll und aussagekräftig ist dann folgendes Gehändnis: „Am wesentlichen gelten die Sätze über meine politischen Ansichten auch heute eben noch wie 1919, als ich mich noch bei Rieberkämpfungen der Revolution im Januar und März in Berlin betätigte.“

Hier haben wir eine ansehnliche Behauptung für unsere Behauptung, daß die damaligen blutigen Kämpfe der Willkür nicht dem Bolschewismus, sondern der Republik galten, und daß der Bolschewismus nur als Kulisse aufgezogen wurde, um dahinter um so gefährlicher die Republik ermordet zu können. So sehen die „Vertrauen“ eines Nobles in Wirklichkeit aus! Von Rodets Worten führt also eine gerade Linie zur Orgelei und den heutigen reaktionären Umsturzorganisationen hinüber. Wer dies bezweifelt, wird durch den weiteren Inhalt des Schreibens belehrt:

„Im allgemeinen,“ so fährt Plehn fort, „halte ich mich an die Kreise des Grafen Reventlow, meine Bekanntschaften sollen nicht ein Konfuziusarbeiten mit der Orgelei oder ähnlichen Verbänden sein, sondern diese Arbeiten unterfügen. Wenn ich meinerseits

zum Werden von Mannschaften aufrufe,

so glaube ich, daß ich einmal der Sache diene, indem ich mit meinen Bekanntschaften in Verbindung trete. . . . Das Werden der Orgelei und ähnlicher Verbände dient ja dazu, die nationalen Volksmassen für irgend welche nationalen Kämpfe bereitzustellen. Ich selbst habe folgendes Auge: Ich halte vorläufig einen Kampf Deutschlands gegen einen äußeren Feind, zu dem wohl in jedem Falle Frankreich hinzutreten würde, nicht für durchführbar, so lange Deutschland allein ist. Ich glaube vielmehr, daß ein solcher Kampf erst möglich ist, wenn in Rußland wieder geordnete Verhältnisse eingetreten sind, d. h. wenn dort nicht etwa die sozialistischen Kreise — diese sind französisch und aus Herrschaft gelangt sind. Mit diesen monarchistisch gesinnten russischen Kreisen trete ich in enger Verbindung. Ich glaube, daß es für unsere Heimat von besonderem Vorteil wäre, wenn wir mit allen Mitteln eine Zusammenarbeit mit diesen monarchistischen russischen Kreisen versuchen und sie in jeder Form unterstützen und ihnen helfen.

in Rußland wieder zur Macht zu gelangen.

Dieselben Bestrebungen verfolgen meine politischen Freunde. Ich habe mich mit einem der russischen Führer, dem Fürsten Awaloff-Bermond, in enge Verbindung gesetzt, der schon im Baltikum mit uns Deutschen zusammen gekämpft hat, siehe Eiserne Division, Major Bischof, Graf von der Goltz. Unsere Hoffnung ist nun, daß wir gelegentlich mit militärischer Hilfe diese Leute in Rußland zur Herrschaft bringen werden. Ob und wann das sein wird, können wir nicht sagen, doch glaubt man, daß die Möglichkeit besteht, daß die Zeit für ein aktives Eingreifen in Rußland nicht mehr allzu fern ist. Für diesen Fall nun will ich den Fürsten Awaloff-Bermond zunächst, wenn ein anderer russischer Führer bestimmt werden sollte, dann diesen aktiv militärisch unterstützen, vorausgesetzt, daß dann noch ähnliche politische Voraussetzungen bestehen wie heute und eine solche Verwendung meiner eigenen Person, besonders aber der meiner Kameraden, im nationalen Interesse liegt und von meinen Parteigenossen gebilligt wird. Das ist der Grund, warum ich für meine Person eine Sonderwerbung vornehme und von den Geworbenen verlange, daß sie sich mit einem Kampfe im Nordosten Deutschlands bereit erklären. Sollten anderweitige politische Verhältnisse es nötig erscheinen lassen, so ist es selbstverständlich, daß ich von diesem Spezialzweck absehe und mich dem allgemeinen Interesse unterordnen werde. . . .

Meine augenblickliche Tätigkeit neben der politisch-militärischen ist diese, ich bin von Herrn Oberst v. Diebitz

in Rögnigsberg mit der Organisation einer Sammlung und mit der Propaganda für die Kriegsbeschädigtenverhältnisse beauftragt worden. Diese Tätigkeit ist absolut parteilos und lediglich eine Wohltätigkeitsangelegenheit.

Die Erlaubnis dazu habe ich von den zuständigen Behörden, als das sind: Polizei, Arbeitsministerium und Wohlfahrtsministerium. Zum Zeichen dafür, daß auch hochsichere Persönlichkeiten sich damit beschäftigen, lege ich eine Abschrift von Gutachten solcher Persönlichkeiten bei. Zur Erklärung lege ich noch eine Denkschrift bei, ebenfalls einige Aufrufe, wie wir sie hier verwenden. Es wäre nun zweckmäßig, wenn Sie offiziell die Werbung von Mannschaften unter dem Deckmantel vornehmen, nennen wir deswegen zweckmäßig das ganze Invalidenverein. Wenn dabei zufällig auch für die Sammlung der Kriegsbeschädigtenverhältnisse ein Nutzen abfällt, so ist das durchaus kein Schaden, sondern durchaus zu begrüßen.

Das soll aber nicht die Hauptsache sein, sondern mir ist für Sie die Werbung die Hauptsache.

Ausführlich bespricht Plehn dann die Art der Werbung. Es seien hierfür zunächst Vertrauensleute von „absoluter Zuverlässigkeit und mit nationalem Charakter“ zu wählen. Jeder habe circa 100 Leute zu sammeln, die dann einen Zug bilden. Unsichere Kandidaten seien wegzulassen. Unwiderlich sei dem Schreiber über den Stand der Werbungen zu berichten, und zwar in folgender harmloser Form:

Herr . . . hat gesammelt Mark 12.  
Herr . . . hat gesammelt Mark 38.

Die Markzahlen würden die Mannschaften bedeuten. Damit wäre die unauffällige Benachrichtigung gewährleistet. Jeder Uneingeweihte würde an die Sammlung glauben.

Plehn spricht dann die Hoffnung aus, daß die meisten dieser Vertrauensleute zu gebrauchen sein werden. Er behauptet damit also auch einmal mehr, daß die Reaktionslage nicht der „Pflanz der Kameradschaftlichkeit“ diene, wie dies immer angeben wird, sondern daß ihr

einmaliger Zweck die Sammlung der Reaktion ist.

„Ich denke“, so heißt es weiterhin, „wir müßten auf diese Weise eine künftige Wehrmacht zusammenkriegen. Die Anschriften der einzelnen Vertrauensleute müssen mir anvertraut werden; ob der Aufruf zur Tat jetzt bald oder erst in einem Jahre erfolgen wird, können wir vorläufig nicht irrendwie vorher sagen. Der Aufruf geschieht meinerseits 1. in vorbereitender Form durch das Stichwort: „Herzlichen Glückwunsch“ im geschlossenen Brief; dies bedeutet, daß wahrscheinlich innerhalb der nächsten Tage der Aufruf erfolgen wird. Im Anschluß daran wird durch Boten die

nächste Beilage über Zusammenritt usw. Markzahl mitgeteilt werden.

Die einzelnen geworbenen Mannschaften brauchen keine Vorbereitungen zu treffen, sie sollen nur lediglich bereit sein, wenn es zum Aufruf kommt, mitzukommen, weiter nichts. Wenn jemand Ausrüstung oder Waffen mitzubringen in der Lage ist, so ist das natürlich erwünscht, doch glaube ich, daß dazu die wenigsten in der Lage sein werden. Ueber die weiteren Vorgänge nach dem Zusammenritt möchte ich mich vorläufig nicht äußern, zumal etwa getroffene Vorbereitungen zu leicht wieder umgekehrt werden können.

Bei der Vornahme der Werbung bitte ich, folgende Punkte besonders zu beachten: Größte Vorsicht bei Auswahl der Leute, jeden nur einzeln und unter vier Augen vorzunehmen, damit einem etwaigen Spieß abgewandelt werden kann, möglichst gar keine Einzelheiten über politische Dinge, es genügt, wenn die Leute erfahren, daß sie lediglich für nationale Zwecke Verwendung finden sollen, und daß sie auch zum Kampfe außerhalb der östlichen Grenzen Deutschlands bereit sein müssen.

Den angeworbenen Mannschaften darf außer ihrem Vertrauensmann keine Persönlichkeit und kein Führer bekannt sein.

Lediglich die Vertrauensleute können etwa 3 näher eingeweiht werden. Denken Sie alle stets, daß Unvorsichtigkeit viel mehr Schaden anrichtet, als wochenlang Arbeit Nutzen bringt. Am besten einen Ueberblick zu geben über das, was ich für den Anfang Ihrer Arbeit für richtig halten würde, möchte ich Ihnen raten, daß Sie zunächst einmal vielleicht 30 bis 40 Vertrauensleute aufstellen, von dem Standpunkte ausgehend, daß drei Vertrauensleute gleich 3 Bataillone, eine Kompanie, bilden, demnach 12 Vertrauensleute gleich 4 Kompanien, ein Bataillon, bilden, würde ich diese Zahl vorschlagen, und haben sie so

ein Regiment bei 36 Vertrauensleuten.

falls jeder Vertrauensmann 100 Mann wirbt. Vorläufig achten Sie nicht über die Zahl von 36 Vertrauensleuten hinaus. Selbstverständlich kann dies nicht in Bonn allein geschehen, sondern Sie werden die ganzen alten Reich, soweit sie Ihnen bekannt sind, auch außerhalb Bonn's heranziehen müssen.

Ein weiterer Kommentar zu diesem Brief erübrigt sich. Er bezeugt die rastlose Tätigkeit der Reaktion und erweitert vor allem auch die häßliche Einflüsterung ihrer Aktionen als Deutschelei.

### Verlorene Spuren

Die Scheinbar sichere Spur nach den Mördern Rathenaus ist verloren gegangen. Während es aktiver noch blieb, daß die beiden verstorbenen Raubmörder Kern und Fischer sich in der Richtung nach Genethin davongemacht hätten und dort gefangen worden seien, lassen die Feststellungen der Polizei jene Annahme als irris erweisen. Die Feststellungen nach der anderen Richtung, nach der Vaneburger Heide zu, haben ebenso wenig bisher zu einem Ergebnis geführt. Dinslagen verdienen die Angaben eines Schwarzwirter in einem kleinen Ort bei Debitfeld Beachtung, wonach die Mörder bei diesem in der Nacht zum Mittwoch geschlafen haben. Sowohl der Wirt als auch seine Angehörigen und sein Personal erkannten in ihnen geseiteten Photographien von Kern und Fischer die Gäste wieder, die bei ihnen übernachtet hatten und sich am folgenden Tage nach Thale im Harz wandten.

Nach einer Bekanntmachung des Regierungspräsidenten in Radeburg sollen sich die beiden künftigen Mörder in Anhalt aufhalten. Die Anhaltische Sicherheitspolizei hat sofort umfassende Maßnahmen getroffen, um das Land abzuklären.

Wieder andere Meldungen deuten darauf hin, daß die beiden Gesuchten in den letzten Tagen in Pauenburg waren. Auch zwischen Pauenburg und Schwerin sollen sie gesehen worden sein. Andererseits hat man in Grimma in Sachsen zwei Männer festgenommen, die nach der Beschreibung zu schließen als die Gesuchten in Frage kommen könnten. Eine weitere Meldung aus Weimar besagt, daß zwischen dieser Stadt und Apolda zwei Männer in der Döberitz übernachteten, auf die die Beschreibung paßt. In Berlin hat Rumelshagen wiederum gleichfalls mehrere Personen als mutmaßliche Täter festgenommen, aber es ergab sich bei den Verhörungen, daß es nicht die Gesuchten waren.

Radecopfer. Am 12. d. Mis. wurde der Chefredakteur Radecopfer der Zeitung Kurier Postbote in der Redaktion von einem Mann erschossen, der vor einigen Tagen wegen Verleumdung dieses Blattes zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Der Täter ist festgenommen.

Schwarz bewaffnete deutsche Schmutzler griffen nach einer Meldung der „Daily Mail“ bei Saarbrücken eine Postkammer an. Zwei französische Postbeamte wurden schwer verletzt, zehn Schmutzler wurden gefangenengenommen.

# Deutscher Reichstag

Sitzung vom Donnerstag, dem 18. Juli

Präsident Köbe eröffnet die Sitzung 2 Uhr 30 Minuten.  
Die deutsch-nationale Interpellation über die Straßen-demonstrationen und Stilllegung der Verkehrsmittel im Reich am 4. Juli 1922 wird, wie ein Reaktionsvertreter erklärte, in der Geschäftsordnungsdebatte vorabgehandelt und Frisch beantwortet werden.

Der Gesetzentwurf der Koalitionsparteien über **Änderungen der Reichsversicherungsordnung** wird nach kurzer Debatte, an der sich für die USP. Genosse Karren beteiligt, nach Ablehnung eines Antrags der beiden sozialdemokratischen Parteien, der den Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht sichern will, in allen drei Lesungen angenommen.

Der Gesetzentwurf über die Ermächtigung zu vorübergehenden **Hollerhöhnungen** wird ohne längere Debatte in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Ohne Debatte wird ferner angenommen der **Gesetzentwurf über den Uebertrag der Staatsbahnen auf das Reich**.

Der Reichsrat hat gegen Beschlüsse des Reichstags zum **Reichshaushaltplan für 1922** Einspruch erhoben. Gemäß den Wünschen des Reichsrats wird auf die Erhöhungen der Mittel für die Zentrale für Heimadient und die Förderung des Nachrichtenwesens im Inland verzichtet.

## Zweite Beratung des Gesetzes über Strafrecht für politische Straftaten.

**Abg. Schmidt-Reifen (SPD):** Eine großzügige Amnestie wäre der Lea. Personen, die vom rechten Wege der Republik abgewichen sind, auf diesen zurückzubringen. Die Regierungsvorlage stellt jedoch eine großzügige Amnestie nicht dar. Wir verlangen ihr Ergänzung in verschiedenen Richtungen. **Ausdehnung auf alle politischen Straftaten**, die Rückwirkung auf alle bis zum November 1918 begangenen politischen Straftaten. Die Fälle der Münchener Rätezeit müssen einbezogen werden. Wir fordern, daß auch die im Zusammenhang mit dem Eisenbahnerstreik begangenen Straftaten durch dieses Gesetz amnestiert werden. Wir bitten Gröner zu: **Schluss mit der Rätepolitik!**

**Justizminister Madrich:** Die Amnestie erstreckt sich nicht über das Jahr 1921 hinaus. Aus politischen Gründen ist die Beschränkung auf die Rechtsprechung der Ausnahmegerichte und des Reichsgerichts. Durch diese Amnestie erhalten einige Hundert Leute die Freiheit. Verfahren, die vom März 1921 immer noch beim Reichsgericht anhängig sind, werden niedergelegt.

**Verkehrsminister Gröner:** Ich will gern Milde walten lassen. (Widerpruch links.) Anträge auf fernere Disziplinierungen liegen nicht mehr vor. Ich will alles tun, um Bewußtsein in die Beamtenschaft hineinzutragen. Ich kann mich jedoch mit einer Einbeziehung der Eisenbahner in dieses Amnestiegesetz nicht einverstanden erklären.

**Abg. Leutenher (D. Sp.):** Wir verstehen nicht, mit welcher Begründung man einen Zusammenhang zwischen dem Schutz der Republik und dem Eisenbahnerstreik konstruieren will. Wir können der Vorlage auf keinen Fall zustimmen.

**Abg. Varth (Dn.):** Der Erlaß einer einseitigen Amnestie ist der Ausdruck der Verachtung des Rechts. Einseitige Amnestien müssen verwirrend wirken. Der Antrag der beiden sozialdemokratischen Parteien, eine allgemeine Strafrecht für die weichen Abwehr monarchistischer Bestrebungen oder im Zusammenhang mit Kundgebungen für die republikanische Staatsform begangene Straftaten bedeutet eine ungeheure Provokation aller rechtlich denkenden Menschen. (Widerpruch links.)

**Abg. Schüding (Dem.)** tritt für die Annahme der Regierungsvorlage ein, wendet sich jedoch auf das energigste gegen jede weitere Ausdehnung einer Amnestie. Die Weisheit der Amnestie dürfen nicht zu Reaktionen der Anarchie werden.

## Abg. Rosenfeld (USP.):

Meine Freunde vertreten nach wie vor die Forderung nach einer umfassenden politischen Amnestie, die sich auf Bayern und auf die Eisenbahner erstreckt. Wir verstehen nicht, wie von Zentrum und demokratischen Vertretern in der heutigen Zeit erklärt werden kann, durch nichts werde die Rechtsicherheit so sehr gefährdet, als durch eine fortgesetzte Amnestie. Umgekehrt:

**Nichts kann in höherem Maße eine Rechtsicherheit bringen in einem Staat der Klassenjustiz, als eine Amnestie.** (Sehr wahr, sehr gut! links.) Der Demokrat und Passivist Schüding vertritt die Forderung: **Schluss mit den Amnestien!** Amnestien bedeuten doch Friedensaktionen. Diese Forderung Schüdings läßt die Demokraten und die Passivisten in sehr merkwürdigem Licht erscheinen. (Sehr gut bei den USP.) Leutenher wagte es, davon zu sprechen, daß die verflüchtigten Rechtsbegriffe wieder geklärt werden müßten, wo dessen Partei das wahre Recht mißachtet und durchaus nicht anerkennt. Er hat sich jetzt ganz entschieden gegen eine Amnestie gewandt.

während im August 1920 die Volksparteier für die Rappisten eine Amnestie gegeben haben.

Daraus muß man den Schluss ziehen, daß es sich damals um ihnen nahestehende Personen handelte. (Sehr wahr! bei den Arbeiterparteien.) Der Vertreter der deutsch-nationalen Partei erklärte, daß in Bezug auf die Amnestie bei den Arbeitern die Auffassung vertreten wäre: **Plündert nur drauf los, nachher kommt für euch ja doch die Amnestie!** (Puff, links.) Das sagt der Vertreter einer Partei, die den Mördern so nahesteht wie keine andere.

Die Notwendigkeit einer umfassenden politischen Amnestie ergibt sich aus der Tatsache, daß jetzt noch Personen wegen im Januar und März 1919 begangener Straftaten verfolgt werden. (Hört! hört! links.) Ein besonderer Streitpunkt ist die Frage der bayerischen Amnestie. Mit Gnadenurteilen ist gegenüber den bayerischen Gefangenen nichts getan, sie haben Anspruch auf Recht. Ich wiederhole: es ist eine Kulturhande schlimmer Art, wie Bayern seine politischen Gefangenen behandelt. (Sehr wahr! links.) Hat denn Bayern ein besonderes Privileg, Nachsicht zu üben, hat es ein besonderes Privileg auf inhumane Behandlung derer, die dem bayerischen Strafvollzug ausgeliefert sind? (Sehr gut! links.) Bayern sollte also anfangen, etwas Humanität zu lernen. Wir aber wollen uns nicht auf die bayerische Humanität verlassen. Wir haben einen Antrag gestellt, der die bayerischen politischen Gefangenen ohne weiteres der jetzt zu beschließenden Amnestie unterstellt. Wir fordern die Amnestierung der Eisenbahner. Wir kennen das Wohlwollen des Herrn Gröner und wissen, daß er noch immer zu dem Wort steht: **Ein Hundstößel, der freist!** Solange es dieses Wort hier nicht festerlich zurückgenommen haben wird, solange können wir seinen Worten kein Vertrauen entgegenbringen. (Sehr wahr! links.)

Eine Amnestie gefährdet nicht die Autorität des Staates, die Regierung erwidert sich vielmehr durch sie erst das Vertrauen der Bevölkerung. Herr Gröner, Sie geben einen gefährlichen Weg, wenn Sie die Regierung von dem Erlasse einer Amnestierung abhalten wollen, (Beifall.) Besser wie

durch ein Gesetz wird die Republik durch eine Amnestie für die Eisenbahner geschützt. Hier wurde ausgeführt, daß die freien Gewerkschaften sich nicht auf den Standpunkt der streikenden Eisenbahner stellen. Wie weit das richtig ist, lasse ich dahingestellt. Aber gerade die Tatsache, daß alle gewerkschaftlichen Organisationen jetzt die Forderung der Amnestierung der Eisenbahner erheben, müßte deren Notwendigkeit beweisen. (Beifall links.) Schüding hat sich gegen eine Amnestierung der Eisenbahner mit der sogenannten Begründung dagegen gewehrt, daß die außerparlamentarische Organisationen verstanden, in dieser Frage einen Druck auf die Regierung auszuüben. Ist das die Antwort der Demokraten auf die Forderungen der gewerkschaftlichen Organisationen zum Schutz der Republik? Sie sollen die in diesen Organisationen vertretene Energie nicht unterschätzen.

**Das Recht und die Macht der Gewerkschaften ist mit keinem Buchstaben in der Verfassung verankert, ihre Macht ruht in ihren eigenen Organisationen.**

Die Arbeiterschaft wird sich durchsetzen in der Frage des Schutzes der Republik und auch in der Gestaltung der Amnestie. Sie mögen die Forderungen noch ein paar Tage aufhalten, auf die Dauer können Sie sich ihnen nicht widersetzen. (Beifall links.)

**Abg. Leicht (D. Sp.)** wendet sich gegen das Amnestiegesetz. Die Drohungen mit der Macht der Arbeiter machen auf und keinen Eindruck.

Nach einer Rede des Abg. Dölllein (SPD.) und nach persönlichen Bemerkungen werden in der Abstimmung alle von den Sozialisten und Kommunisten eingebrachten Verbesserungsanträge abgelehnt. Es bleibt bei der unzureichenden Regierungsvorlage. Das Arbeitsnachweisgesetz wurde in dritter Lesung nach einer Rede des Genossen Brandes mit einigen Verbesserungsanträgen angenommen.

Nächste Sitzung: Freitag 1/8 Uhr. Tagesordnung: Kleine Vorlagen, Disziplinargesetz für Wehrmacht, Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse. — Schluss 7 Uhr.

Aus dem Reichstagsbericht vom Mittwoch, den 12. d. Mtz., tragen wir noch folgendes nach:

Beim § 8, der das Recht zu Verboten von bestimmten Vereinigungen und Kundgebungen den Ländern überträgt, begründet der Abg. Vogel (Soz.) einen Antrag der beiden sozialdemokratischen Parteien, nach dem für solche Maßnahmen auch der Reichsminister des Innern zuständig sein soll. Die bayerische Regierung ist drauf und dran, den Nordgesellen wieder von neuem das Rückgrat zu stellen.

Der Änderungsantrag der beiden soz. Parteien wird abgelehnt, der § 8 in der Ausdehnung angenommen. Der § 8a, nach dem im Falle der Auflösung eines Vereins dessen Vermögen zugunsten des Reichs beschlagnahmt werden kann, wird nach Ablehnung der kommunistischen Anträge angenommen.

Der § 9, der die Veranstalter oder Redner von verbotenen Versammlungen und Aufzügen bestrafen will, wird mit einer Abänderung der Demokraten angenommen.

Der § 10, wonach Druckschriften verboten oder beschlagnahmt werden können, wenn sie gegen das Gesetz verstoßen, wird nach Ablehnung der Änderungsanträge angenommen.

Der § 11, der die Dauer eines solchen Verbotes bestimmt, findet in der Ausdehnung Annahme. Ein Antrag der Deutschen Volkspartei, der verlangt, daß nach Aufhebung eines solchen Verbotes der Geschädigten ein Schadenersatzanspruch gegen den zuständigen Landesfiskus zusteht, wird von dem Abg. Krämer (SPD.), der im Kriege viele Zeitungen durch Verbote unerschwertfertig geschädigt hat, begründet. Minister Köster wendet sich gegen den Antrag, weil nach dessen Annahme kein Beamter aus Furcht, dem Fiskus einen großen Schaden zuzufügen, es wagen würde, Druckschriften zu beschlagnahmen oder zu verbieten. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Bayerischen, der Deutschen und der Deutsch-nationalen Volkspartei abgelehnt.

§ 12, der die Strafen für Zuwiderhandlungen gegen §§ 10 und 11 festlegt, wird angenommen. Der § 13 ist durch den Ausschuss gestrichen worden. Beim § 14, der den Aufenthalt von Mitgliedern ehemals landesherrlicher Familien, die durch ihr Verhalten das Wohl der Republik gefährden, auf bestimmte Landesteile Deutschlands beschränken will, begründet Frau Abg. Pfüll (Soz.) den Antrag der beiden sozialdemokratischen Parteien, wonach Mitglieder früherer landesherrlicher Familien, die ihren dauernden Aufenthalt im Ausland haben, nur mit Erlaubnis der Reichsregierung das deutsche Reichsgebiet betreten dürfen und auch ausgewiesen werden können. (Zuruf Schiele (Dn.): Blödsinn! — Mittwoch USP): Sie sind wieder frech geworden. — Ordnungsrufe.) Für die Dauer von 25 Jahren nach Inkrafttreten der Reichsverfassung können Mitglieder der im November 1918 entthronten landesherrlichen Familien nicht als Reichspräsident, Staatspräsidenten, als Mitglieder der Reichsregierung oder einer Landesregierung gewählt oder befehlt werden. Für die gleiche Zeitdauer sind Mitglieder genannter Familien von der Einstellung in die Reichswehr ausgeschlossen.

**Abg. Rahl (D. Sp.)** macht unter großer Beiterkeit seine Ausführungen als „verfassungsmäßiger Republikaner“. Es handelt sich um die Möglichkeit der Rückkehr des Kronprinzen. Es wäre eine unmenschliche Grausamkeit, wenn ihm durch Gesetzesvorschriften die Möglichkeit überhaupt genommen würde, in seine Heimat zurückzukehren, um seine Söhne zu erziehen. (Beifall links.)

**Abg. Roenen (SPD.):** Es war eine unmenschliche Grausamkeit des Kronprinzen, Menschen gegen Vater und Mutter aufzuheben. Er hat Abertausende in den Krieg geschickt.

**Minister Köster:** Der § 14 ist weder von Angst noch von Mitleid diktiert. Diese Frau ist von außen- und innenpolitischer Bedenken. Nach dem, was in den letzten drei Jahren geschehen ist, müssen wir damit rechnen, daß die Herren aus den ehemaligen landesherrlichen Familien nicht die Verantwortung besitzen, es zu unterlassen, das deutsche Volk zu beunruhigen (Entrüstung rechts). Die von der Deutschen Volkspartei beantragte Streichung des § 14 wird abgelehnt. Der § 14 wird nach Ablehnung der sozialistischen Änderungsanträge in der Ausschussfassung angenommen.

Die Schlussbestimmungen, die noch einige Festsetzungen über Strafmaßnahmen enthalten, werden unter Ablehnung aller Änderungsanträge angenommen.

Bei § 17, der die Dauer des Gesetzes auf fünf Jahre festsetzt, werden die Anträge der Rechten, diese Dauer auf zwei oder drei Jahre herabzusetzen, abgelehnt, und die Ausschussfassung angenommen.

Hiermit ist die zweite Beratung und dadurch auch der von den Unabhängigen eingebrachte Gesetzentwurf zum Schutz der Republik erledigt.

Die Abstimmung über den Gesetzentwurf zur Regelung von Angelegenheiten der sozialen Versicherung und des Arbeitsrechts bei der Durchführung des Friedensvertrages wird bei guter Besetzung des Hauses noch einmal wiederholt, da das Gesetz einen verfassungswidrigen Charakter haben könnte und somit einer Zweidrittelmehrheit bei Zweidrittelanwesenheit der Reichstagsmitglieder bedarf. Das Gesetz wird von einer solchen Mehrheit angenommen.

## Auflösung der Stahlhelm-Organisation

Der Preussische Minister des Innern hat folgende Verfügung erlassen:

Nachdem der Oberpräsident von Sachsen unterm 2 Juli 1922 die Bundesleitung, die Gauleitung sowie die Ortsgruppen in der Provinz Sachsen der Organisation „Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten“ aufgelöst hat, löse ich auf Grund der §§ 1 und 3 der Verordnung zum Schutz der Republik vom 26. Juni 1922 (RGBl. 1 S. 521) sämtliche weiteren Gauleitungen, Orts- und Bezirksgruppen dieser Vereinigung hiermit auf.

Bisher sind demnach für das preussische Staatsgebiet die folgenden Organisationen aufgelöst worden: Verband nationalgesinnter Soldaten, Bund der Ausrechten, Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund, Der Stahlhelm.

## Major Henning „einfach unerträglich“

Im Preussischen Landtage wurde unlängst gegen den deutsch-nationalen Reichstagsabgeordneten Henning zu dem schon bekannten Material noch neues vorgebracht, wonach dieser Major dringend der Mörderbeihilfe verdächtig ist. Prompt erklärte er — wie es bei Deutschnationalen üblich ist — daß alle Veröffentlichungen unwahr seien. Das war am 7. Juli! Bereits am 4. Juli aber, also vor der Bekanntgabe des die Anklage noch verschärfenden Materials, hatte der Geschäftsleitung des Landesverbandes der deutsch-nationalen Volkspartei für West-Ems folgende Entschließung angenommen:

Die Unterzeichneten erwarten von der Parteileitung, daß sie die Angelegenheit des Majors Henning nicht auf die lange Bank schieben läßt, sondern im Sinne einer reinlichen Scheidung unmaßgebend erledigt. Sie müssen die Weiterführung ihrer Kämter innerhalb des Landesverbandes West-Ems, dem Wahlkreis des Abgeordneten Henning, von der Erhellung obiger Forderung abhängig machen. Die Entwidlung, die der Abgeordnete Henning genommen hat, ist für die Weiterarbeit der Deutschnationalen Volkspartei innerhalb unseres Wahlkreises einfach unerträglich.

Gen. Buff, Vorsitzender des Landesvereins Bremen.  
Gen. Bortfeld, Vorsitzender des Landesvereins Oldenburg.

Demnach scheint also die Leitung des deutsch-nationalen Wahlkreisverbandes, dem Henning sein Mandat verdankt, doch mehr zu wissen, als daß „alles unwahr“ sei. Merkwürdig ist überdies, daß die Donadrücker Blätter die Entschließung erst am 9. Juli veröffentlichten. — Wie dem auch sei, was für vernünftige Leute und solche mit politischem Reinheitsgefühl „einfach unerträglich“ ist, das ist für die Deutsch-nationale Partei — wie man aus ihrer ganzen Haltung zu ihrem deutschvölkischen Mörderflügel entnehmen kann — gerade erträglich. Es wird daher den einsichtigen Elementen nichts anderes übrig bleiben, als die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

## Erhöhung der Personenfahrtpreise

Am 1. Oktober dieses Jahre werden die Personentaxen der Eisenbahn um etwa 50 Prozent erhöht werden. Die neuen Einheitsätze für den Kilometer werden betragen: in der IV. Klasse 45 Pf., in der III. Klasse 67 Pf., in der II. Klasse 112 Pf., in der I. Klasse 202 Pf.

Eine ähnliche Erhöhung erfahren die Schnellzug-Zuschläge. Auch der Gepäcktarif wird zum ersten Oktober 1922 erhöht werden, und zwar ist ein Frachtkilo von 10 Pf. für 1 Kilogramm pro Kilometer in Aussicht genommen.

## Verständigung im Bergbau

Essen, 12. Juli. Die Verhandlungen über die Streitfragen im **Rantelort der Ruhrkohlenbergbau**, die am 11. Juli im Gebäude des Gewerverbandes Essen unter Leitung des Reichsarbeitsministeriums begonnen haben, haben heute zu einer vollen Verständigung geführt. Die getroffenen Vereinbarungen bedürfen noch der endgültigen Zustimmung der beiderseitigen Verbände, die bis zu Sonnabend, den 15. d. Mtz. zu erwarten ist.

## Die neuen Buchdruckerlöhne

Nach einer Meldung aus Leipzig hat der Ausschuss des Tarifamtes der Buchdrucker dem Vorschlag auf eine außer-tarifliche Lohnherabsetzung zugestimmt. Die Schiffe über 24 Jahre erhalten ab 10. Juli 1922 eine Zulage bis zu 300 Mark pro Woche, gestaffelt nach Lohnklassen und gültig bis 1. August 1922, von da ab eine Zulage von wöchentlich 350 Mark. Der Tarif selbst, der bis Ende dieses Jahres gilt, wird von den Lohnzuschlägen nicht berührt.

Der Staatskommissar für öffentliche Sicherheit, **Weißmann**, bezeichnet die von der „Dona“ abdruckte Meldung, wonach er an Rittlinger während seiner Untersuchungszeit 300 000.— Mk. ausbezahlt habe, als nach jeder Richtung unwahr.

**Lebensmittel für Deutschland.** „Newport Times“ meldet aus Chicago: Edward Morris, der Präsident der Morris-Transport-Gesellschaft, hat die Versicherung von über zehn Millionen Pfund Nahrungsmitteln nach Deutschland im Werte von ein dreiviertel Millionen Dollars genehmigt. Die erste Sendung von 55 Eisenbahnwagen geht am Sonnabend ab.

**Roscoe eingekerkert.** „Reuter“ meldet aus Cairo: Durch den Einbruch des Daches einer Moschee wurden heute 14 Personen getötet und 12 schwer verwundet.

**Vom Hunger in Rußland.** Nach einer Mitteilung des Internationalen Hilfskomitees für das hungernde Rußland litten am 1. Juni in der Krime 370 000 Menschen, darunter 185 000 Kinder, Hunger. Infolge der Sterblichkeit, aber auch infolge der lokalen Hilfsorganisation verringerte sich diese Zahl gegen den 1. Juli auf etwa 160 000 Menschen, darunter 100 000 Kinder. Die Sterblichkeit beträgt in gewissen Gegenden der Krime 50 Prozent. In vielen Dörfern ist die ganze Bevölkerung dem Hungertode erlegen.

**Güßmannsches Birkol**  
Hornhaut, Schwielen u. Warzen  
beschnitten  
schnell, sicher  
u. schmerzlos  
In Apotheken u. besseren Drogerien erhältlich!  
Gegen Fußschwellen und Wundläufen, Kukurul, Fußbad



# Drei Fragen für Mieter

**Ausschneiden!**

**Aufheben!**

Das Reichsmietengesetz ist am 1. Juli in Kraft getreten. Fast alle Vermieter haben ihren Mietern schriftlich erklärt, daß nunmehr die gesetzliche Miete gelten solle. Folgende drei Fragen treten dabei zunächst in den Vordergrund:

1. Was ist die gesetzliche Miete?
2. Wie hoch ist die gesetzliche Miete?
3. Wann tritt die gesetzliche Miete in Kraft?

**Zur ersten Frage:** Die Friedensmiete vom 1. Juli 1914 ist die Grundlage der gesetzlichen Miete. Von der Friedensmiete werden zunächst abgezogen: alle Beiträge für Betriebs- und Instandsetzungskosten sowie für Sammelheizung oder Warmwassererzeugung. Was nachbleibt, ist die Grundmiete, die Verzinsung des ursprünglichen Baukapitals. Auf diese Grundmiete wird nun ein Teil der vorher abgezogenen Kosten aufs neue aufgeschlagen, aber in der Höhe der heute üblichen Beiträge. Durch sie soll dem Vermieter ermöglicht werden, das Haus vor dem Verfall zu bewahren. Er darf deshalb auf die Grundmiete neu aufschlagen: 1. die Steigerung der Hypotheken-Verzinsung und -Belastung seit 1914; 2. die Betriebskosten (Steuern für das Haus, öffentliche Abgaben, Versicherungsgebühren, Verwaltungskosten usw.) und 3. die Kosten für laufende Instandsetzungsarbeiten. Diese drei Zuschläge und die Grundmiete ergeben zusammen die gesetzliche Miete. Die Kosten für Warmwassererzeugung, Sammelheizung usw. hat der Mieter künftig neben der Miete zu tragen.

**Zur zweiten Frage:** Die Höhe der Abzüge von der Friedensmiete und der Zuschläge zur Grundmiete kennt in Berlin augenblicklich noch kein Mensch. Sie werden einheitlich von der obersten Landesbehörde oder auf deren Anordnung von der Gemeindebehörde festgesetzt, und zwar für die Abzüge in Prozenten der Friedensmiete, für die Zuschläge in Prozenten der Grundmiete. Dem Berliner Wohnungsamt ist für Groß-Berlin diese Festsetzung übertragen. Es hat aber die Prozentsätze für Abzüge und Zuschläge noch nicht veröffentlicht, so daß zurzeit in Berlin noch kein Mensch weiß, wie hoch für ihn die gesetzliche Miete sein wird.

In Hamburg sind 40 Prozent Abzug von der Friedensmiete und 500 Prozent Zuschlag zur Grundmiete festgesetzt. Bei 1000 Mk. Friedensmiete beträgt dort also der Abzug 400 Mk., die Grundmiete 600 Mk. Dazu 500 Prozent Zuschlag, macht 3000 Mark gesetzliche Miete. Die Friedensmiete ist also von 1000 auf 3000 Mark erhöht, das heißt mehr als verdreifacht worden. Diese Hamburger Zahlen geben einen gewissen Anhalt für Berlin. In Hamburg herrscht große Erregung über die starke Mieterhöhung.

**Zur dritten Frage:** Nach § 1 des neuen Reichsmietengesetzes ist die gesetzliche Miete „von dem ersten Termin ab zu zahlen, für den die Kündigung nach § 565 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zulässig sein würde.“ Dieser

Paragraph sagt zunächst allgemein, daß man vierteljährlich, am Quartalsbeginn (spätestens am 3. Werktag) zum Quartalschluß kündigen muß. Dann folgen Einschränkungen für Monate, Wochen und Tage. Maßgebend ist dabei, für welchen dieser Zeiträume „die Miete bemessen ist“. Bei „Bemessung“ nach Monaten muß am 15. des Monats zum Monatschluß, bei „Bemessung“ nach Wochen am 1. Werktag zum Wochenschluß, bei „Bemessung“ nach Tagen an jedem Tage für den folgenden Tag gekündigt werden. Je kürzer also die Kündigungsfrist ist, je früher muß der Mieter statt der bisherigen die „gesetzliche Miete“ zahlen.

Man sehe sich seinen Mietvertrag genau an. Aber nicht nur die dort festgesetzte Kündigungsfrist, sondern vor allem die meistens am Kopfe der Mietverträge gleich nach den Personalien des Vermieters und des Mieters folgenden Angaben über die Mietdauer und den Mietbetrag, also darüber, für welchen Zeitraum die Miete „bemessen“ ist. Steht z. B. am Kopfe des Mietvertrages, daß „auf ein Jahr für eine jährliche Miete von 1000 Mark“ gemietet ist, so tritt die „gesetzliche Miete“ erst am 1. Oktober in Kraft, denn die Miete war mit 1000 Mark für ein Jahr „bemessen“. Dabei ist es gleichgültig, ob außerdem im Vertrage oder durch mündliche Vereinbarung vierteljährliche oder monatliche oder gar wöchentliche Miete-Zahlungen vereinbart ist. Nicht auf die Zahlungszeiten kommt es an, sondern auf die Bemessungszeiten.

Die Hausbesitzervereine versuchen, statt der „Bemessungs“-Zeiten die „Zahlungs“-Zeiten zu setzen. In den vielen Fällen, in denen die Miete nach einer Jahresdauer „bemessen“ ist, aber in Monatsraten „bezahlt“ wird, fordern die Hausbesitzer die höhere „gesetzliche Miete“ schon vom 1. August ab. Das widerspricht dem Gesetz. Erst vom 1. Oktober ab muß in diesen Fällen die „gesetzliche Miete“ gezahlt werden. Wer aus Unkenntnis sich bereits mit der Zahlung zum 1. August einverstanden erklärt hat, widerrufe schriftlich seine Zustimmung und rufe eventuell das Mieteinigungsamt an. Steht aber am Kopfe des Mietvertrages z. B., daß „auf einen Monat für eine monatliche Miete von 100 Mark“ gemietet ist, so muß auch vom 1. August ab die gesetzliche Miete gezahlt werden. Jeder Mieter sehe also genau nach, für welchen Zeitraum seine Miete „bemessen“ ist.

Der Vollständigkeit halber sei noch der § 565 des Bürgerlichen Gesetzbuchs im Wortlaut angeführt; er lautet:

„Bei Grundstücken — wie bei allen Mieträumen — ist die Kündigung nur für den Schluß eines Kalendervierteljahres zulässig; sie hat spätestens am dritten Werktag des Vierteljahres zu erfolgen. Ist der Mietzins nach Monaten bemessen, so ist die Kündigung nur für den Schluß eines Kalendermonats zulässig; sie hat spätestens am 15. des Monats zu erfolgen. Ist der Mietzins nach Wochen bemessen, so ist die Kündigung nur für den Schluß einer Kalenderwoche zulässig; sie hat spätestens am ersten Werktag der Woche zu erfolgen. Ist der Mietzins nach Tagen bemessen, so ist die Kündigung an jedem Tage für den folgenden Tag zulässig.“

Es heißt also stets: „Ist der Mietzins „bemessen“, nicht: „Wird der Mietzins „bezahlt““, wie die Hausbesitzer den Paragraphen anlegen möchten.

## Der Straus

Vom Schilfchen Bahnhof für 70 Pfennige in fast einstündiger Fahrt nach Staatsbahnhof Strausberg und von da für 200 Mark mit der Kleinbahn über die Kollpellen, Landhaus, Schlagmühle und Hegermühle bis zur Stadt Strausberg... das war einmal. Selbst dieser sagenhaft billige Fahrpreis kam in schönen Friedenszeiten köpferreichen Familien reichlich hoch vor. Mehr als einen Fünftel legte man für die Landpartie ungenut an. Heute be-  
 rauptst du für die gleiche Strecke 6 und 5 Papiermark, genau so viel auch für dein Hund, das sich im Wald ausstullen soll. So kommt dein vierbeiniger Hausfreund, wenn es aus Zahlen geht, ungewollt zu Menschengerichten. Er wird höher eingeschätzt als ein Kind, was bei rund 150 000 Hundeseelen in Berlin für die Verkehrsinstanz eine ergiebige Geldquelle ist. Gönne also wenigstens vom Staatsbahnhof ab dir und deinem Kötterchen lieber das gesunde Laufen. Mit dem kürzlich geschriebenen Annotat bist du nun schon vertraut. Von Schlagmühle führen drei schöne, aber verschlehen lange Wege zur Stadt. Der kürzeste liegt in der Mitte, acht links am östlich verlaufenden, fast unabhörbaren Herrensee vorbei nach der in einem Kessel gelegenen Hegermühle, von da auf schmaler Kirchhofallee schräger nach Strausberg hinein (1 Stunde). Der zweite Weg umgeht nach rechts (erst am Fleiß entlang, nicht auf der Straße nach Garzau) den Herrensee neben dem Widmantelforst bis zu einer Pflanzbrücke, die in 10 Minuten ebenfalls nach Hegermühle führt. Die dritte Tour läuft von Schlagmühle über Hegermühle links ab zur Chaussee über das Waldwirthshaus Wolfstal und hat den Vorzug, auf die südliche Hälfte des Straussees mit seiner hervorragend schönen Seepromenade zu stoßen (1 1/2 Stunde).

Es ist eine der eigenartigsten märkischen Städtelein, dieses Strausberg. Nicht so reizlos und rückständig wie das zwei Stunden entfernte Aderspegel-Alt-Bandenberg, an dessen unverbesslichen Kurpatrioten der Hohenzollern seine kindliche Freude haben würde. Zwar auch, wie alle solche Landstädtchen, mit Halbkreisbogen durchzieht, in seinem Gesellschaftsleben noch am Rande des Altertums lebend, aber doch schon etwas geläutert. Schon die Häuser zeigen, wie hier auf engem Raume das Barockende mit dem Neuen ringt. Halbverfallene Festungsmauern, ein Baldachin, in dessen verwitterten Resten sich eine Herberge zur Heimat niedergelassen hat, die Hauptkirche mit dem schwarzberäucherten, abgestumpften Holzturm, krummen Gängen, mitten dazwischen das in sechs Stockwerken aufsteigende weißgeputzte moßige Arbeitshaus mit seinen durch Geburts-, Erziehungs- und Stockschäden unter die Lebensbeder geratenen Korrektionssträflingen, ein vorstufliches Rathaus, dann wieder ganz moderne Amtsgebäude, Villen, Pensionate, — alles das erscheint, wenn man mit der elektrischen Fähr für eine halbe Mark den Seestrand gegenüber erreicht hat, wie ineinandergeschobelt. Häuser und Wasser sind förmlich eins. So mag das fauchhafte Viezele ausgelesen haben.

Gerlich ist bei Karem Weiter auch die Aussicht über den See nach dem gar nicht so weiten Blumental und auf den Schwarzen Berg mit dem rothbedachten Wiltendorfer Turm. Scherz trennt sich das Auge von so viel Schönheit. Wenn's nur nicht heuer gar so teuer wäre, das Naturheilen! Vater, Mutter und das liebe Hundel haben den Eisenbahn 66 Mark geopfert, und die Kaffeelampe macht den Bläuling voll.

## Ein Idyll aus dem Berliner Polizei-Präsidium Die Republik bezahlt alles

Den Monarchisten in den einzelnen Dienststellen der Behörden soll, so wird erzählt, nun auf die Finger geklopft werden. Alle Geiseln zum Schutze der Republik sind für die Lage, wenn nicht eine gründliche Reinigung und zwar mit eisernem Besen bei den Behörden durchgeführt wird.

Wie ungläublich dreist diese Monarchisten — die es aber mit ihrer monarchistischen Ehre vereinbaren können, sich von der Republik bezahlen zu lassen — gearbeitet haben und noch arbeiten, beweist folgende Tatsache:

Ort: Berliner Polizeipräsidium. Polizeirat Köstler von der Abteilung Schutzpolizei, früher Zahl-

## Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Quelle: autorisierte Übersetzung von Max Müller, Berlin, 1915. Copyright 1915 by Müller & Co., Berlin.

(108. Fortsetzung.)

Und auch alle die andern Gäste sind mäusestill, als ob sie auf etwas längst Vergessenes lauschten, das ihrem Herzen einst teuer war.

Hatte Kleitschow sein Lied beendet, so nahm er Bescheiden auf seinem Stuhle Platz; der Wirt brachte ihm ein Glas Brantwein und sagte mit zufriednem Lächeln:

„Schön war's, gewiß — aber eigentlich singst du nicht, sondern erzählst mehr. Doch ein Meister bist du, das muß dir der Reid lassen...“

Kleitschow trank langsam sein Glas aus, räusperte sich leicht und erwiderte leise:

„Singen kann jeder, der ein hübsches Stimmchen hat; aber die Seele des Liedes zu offenbaren — das ist nur mir gegeben!“

„Na, brühte dich nur nicht zu sehr, mein Lieber!“

„Wer etwas hat, womit er sich brüsten kann, der soll sich nur immer brüsten!“ meinte der Sänger leise, doch seiner selbst gewiß.

„Du sprichst recht überheblich, Kleitschow,“ versetzte der Wirt gereizt.

„Nur meine Seele hinweg heb' ich mich nicht...“ gab ihm der Sattler zur Antwort.

„Was verheißt ihr Wärmer, ihr faulen Schimmelpilze von dem Gesange dieses unscheinbaren Engels!“ brüllte der finstere Oktavensänger aus seiner Ecke. Er war stets anderer Meinung als die übrige Gesellschaft, tritt sich mit allen herum und sagte allen die größten Grobheiten, wofür er jeden Sonntag von den andern Sängern oder sonstigen Gästen ganz gehörig verprügelt wurde.

Der Schankwirth konnte den Sattler, so sehr er auch seine Stimme schätzte, im Grunde genommen nicht leiden und suchte ihm allerhand Pöffen zu spielen. Er redete der Versuchung zu, dem kleinen Sänger den Kopf zu verdrehen;

„Das gäbe einen Heiden Spaß, so zuzusehen, wie er verliert um dich herumzuschwarzen! Ganz gehörig müßtest du ihm einbeizen — was für Pieder würde er da singen!“

Die große, wohlbeleibte Schöne ließ sich jedoch auf den Vorschlag nicht ein — sie meinte, sie sei nicht jung genug für solche Dinge. Auch die Versuche des Wirts, Kleitschow beirunden zu machen, mißlangen jedesmal — er sang seine zwei, drei Lieder, trank für jedes Lied sein Glaschen, umwickelte dann sorgfältig seinen Hals mit einem roten Schal, den eine Freundin ihm gestrickt hatte, zog die Mütze in die Augen und ging. Dexters veranstaltete der Schankwirth ein Wettsingen, bei dem neben Kleitschow noch andere Sänger sich vernehmen ließen, doch erinnere ich mich nicht eines einzigen, der den Sattler übertroffen hätte. Ich beneidete diesen Menschen um sein Talent, das ihm eine solche Macht über die Gemüter gab. Er schätzte selbst seine Kunst sehr hoch ein, benahm sich, wenn er nicht sang, ziemlich aufgeschlossen, antwortete kaum, wenn man eine Frage an ihn richtete, und war mir eigentlich wenig sympathisch. Als ich mich einmal neben ihn setzte und ihn irgend etwas fragte, fuhr er, ohne mich anzusehen, unwirksam heraus:

„Nach, daß du fortkommst, Bengel!“

Weit besser gefiel mir als Mensch der Oktavensänger Mitropolski: er kam in die Schenke, ging schwerfällig, als ob er eine große Last trüge, in seinen Winkel, schob sich mit einem Fuhrtritt den Stuhl zurecht und nahm Platz. Die Ellbogen auf den Tisch stützend, legte er den großen, zottigen Kopf in die flachen Hände, trank schweigend zwei, drei Glaschen und räusperte sich laut. Alles fuhr zusammen und wandte sich nach ihm um. Das Rinn auf die Hand gestützt, sah er da und sah die Gäste herausfordernd an.

„Was glöht ihr?“ fuhr er plötzlich heraus. „Was gibt es zu sehen?“

„Einen Waldteufel, was sonst?“ antwortete man ihm.  
 Es gab Abende, an denen er schweigend trank und nach Hause ging, ohne auch nur ein Wort gesprochen zu haben. Mehrmals jedoch hörte ich, wie er im Prophetentone loswetterte:

„Siehe da, ich bin meines Gottes unbestechlicher Diener und klage euch an wie der Prophet Jesajas! Wehe dir, du Stadt Ariel, in der Dirnen und Gauner und Uebelthäter jeglicher Art im Fuhr ihrer Missetaten leben! Wehe den besüßelten Schiffen, die so viel sündiges Volk über das Erdenrund dahintragen! O, ihr Säuser und Freier, ihr Auswurf dieser Welt, die Erde wird ihren Schok vor euch verschließen.“

Er schüttelte sein ungelämmtes Haar, das gleich einer Mähne das gedunsene, dunkle Gesicht umwallte. Seine Stimme dröhnte, daß die Fenster scheiben erzitterten, was dem Publikum ausnehmend gut gefiel. „Brüllt nicht schlecht, der zottige Rüter!“ hieß es, was ein Lob für den Propheten sein sollte.

Mit Mitropolskijs Bekanntheit zu machen, war nicht schwer: man brauchte ihn nur zu sagen, daß man ihn freihalten wolle. Er bestellte dann eine Flasche Brantwein und eine Portion Rindsleber mit rotem Pfeffer — sein Lieblingsgericht, das in Mund und Gedärm wie höllisches Feuer brannte. Als ich ihn fragte, was für Bücher ich nach seiner Meinung lesen sollte, fuhr er wild heraus:

„Warum willst du lesen?“

Dann aber, als er mich durch seine Antwort erschreckt sah, fügte er sanfter hinzu:

„Hast du den Prediger Salomons gelesen?“

„Ja.“

„Den lies nur immer wieder. Weiter nichts. Dort ist alle Weisheit der Welt enthalten, nur ein Quadratohse begreift sie nicht. Das heißt, im Grunde genommen begreift sie kein Mensch... Wer bist du eigentlich? Singst du?“

„Nein.“

„Warum nicht? Singen muß man, es ist die abgeschmackteste Beschäftigung, die es gibt.“

Vom Nachbarische fragte ihn jemand: „Singst du denn auch selbst?“

„Sie käme ich dazu? Ich bin doch ein Tagelöhner!“  
 „So, so...“  
 „So, so...“ Das ist alles, was du aus deinem dummen Schädel herausholen kannst! Und es wird auch nie mehr herauszuholen sein. Amen!“  
 (Fortsetzung folgt.)

meister im 4. Garde-Regt. a. G. ist Schammeister des ehemaligen Offizierskorps dieser Truppe. Der Geldschrank dieses Vereins steht im Arbeitszimmer des Herrn Polizeirat im Polizeipräsidium. Im November vorigen Jahres wurde der Unterwachtmeister Rühl für eine Woche dienstlich zu dem Polizeirat kommandiert, um — die Durchführung des Offiziersvereins aufs Laufende zu bringen! Später erhielt der Oberwachtmeister Langhein ein Kommando zu Rühl. Langheins Arbeit bestand in der Hauptache in der Bearbeitung der Vereinsangelegenheiten des privaten Monarchisten-Klubs. Als dieser Oberwachtmeister mit den Arbeiten nicht mehr fertig wurde und sich Unzufriedenheiten ergaben, wurde der Polizeiobersekretär Wille von Polizeirat Rühl während der Dienststunden damit beauftragt, die Durchführung der Bücher des Offiziersvereins in Ordnung zu bringen!

Komwendia ist eine sofortige eidliche Vernehmung der Beteiligten und gründliche Revision des Schrankes. Im übrigen muß Herr Polizeirat Rühl entlastet werden und zwar so, daß er in Ruhe die Geschäfte seines Vereins erledigen kann. Oder erwartet man von solchen Seiten, daß sie die Republik schänden? Ist Herr Rühl würdig, weiterhin Polizeibeamter zu sein, nachdem er vier Beamte, die von der Republik befolgt werden, in der Dienstadt mit Arbeiten für einen monarchistischen Offizier-Verein beschäftigt hat?

Schließlich, ein Föhl, wie es sich die Lühne Pönnische nicht besser ausmalen kann!

### Frau Justitia macht Ferien

Am 15. d. Mts. beginnen die Gerichtsferien, die am 16. September endigen. Während ihrer Dauer ist der Wirkungskreis für Frau Justitia nicht unerheblich eingeschränkt. Auf diejenigen Rechtsangelegenheiten, welche ihrer Natur nach eine schleunige Erledigung erfordern, sind die Gerichtsferien ohne Einfluß. Diese sogenannten „Ferienfäden“, an deren Erledigung bei den Landgerichten besondere Ferienkammern gebildet werden, umfassen: die Strafsachen, die Arreitsachen und die einstweilige Verfügung betreffenden Sachen, Meß- und Marktjuden, Mietsstreitigkeiten, Wechseln und Bausachen. Das Gericht kann auch andere Sachen, soweit sie besonderer Beschleunigung bedürfen, als Ferienfäden bezeichnen. Den Gerichten bleibt also auch während der Ferien hiernach ein immerhin noch ansehnlicher Geschäftskreis erhalten. In allen anderen, nicht zu den Ferienfäden gehörigen Rechtsstreitigkeiten werden während der Ferien weder Termine abgehalten, noch Entscheidungen erlassen. Am Landgericht I sind 8 Strafkammern gebildet, die abwechselnd Montags, Mittwochs, Freitags, bzw. Dienstags, Donnerstags und Sonnabends tagen.

25jähriges Parteijubiläum. Die vierte Abteilung des Distrikts Charlottenburg erteilt ihrem Genossen Albert Hartzke L. Friedbergstraße 12, der am 4. Juli auf fünfundzwanzig Jahre Parteijubiläum zurückblicken konnte, ihre herzlichsten Glückwünsche aus und hofft, ihn, der während einer ganzen Zeit den Ortsverein Charlottenburg als Mitglied und langjähriger Funktionär angehörte, noch lange Jahre in alter Frische in ihrer Mitte zu sehen.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen — Bezirk V Süd-West — veranstaltet am Freitag, dem 14. Juli d. J., abends 7½ Uhr in den Victoria-Sälen, Basse Alkanstraße, 2, eine Sowerkriegsbeschädigtenversammlung, in der Beiträge über die Ausführungsbestimmungen zu §§ 7 (Körpererkrankungen) und 8 (Beamtenfiskus) gehalten werden. Außerdem wird das neue federnde Germania-Kunstreifen vom Erfinder vorgeführt. Da dieses Kunstreifen in Kriegsbeschädigtenkreisen noch garnicht bekannt ist und die neue Art der Federung eine Erleichterung des Gehens mit sich bringt, ist allen Kriegsbeschädigten und Familienangehörigen der Besuch der Versammlung zu empfehlen. Im Anschluß daran wird ein Vertreter der Kunst-Arm-Gesellschaft den Presse-Kunstreifen im Gebrauch zeigen.

Aufklärung eines Raubmordes nach drei Jahren. Ein Raubmord, der vor drei Jahren an der 62 Jahre alten Handelsfrau Hedera W. Laß in der Fehrbelliner Straße 17 verübt wurde, ist jetzt endlich aufgeklärt. Zwei der Täter sitzen hinter Schloß und Riegel, der dritte ist noch flüchtig, aber bekannt.

Strandkonzert im Freibad Müggelsee. Sonntag, den 16. d. M., findet im Familienbade des Freibades Müggelsee ein großes Strandkonzert statt. Der aus diesem Konzert erzielte Ueberschuß soll zu gemeinnützigen Zwecken, insbesondere zur Verbesserung der Badeeinrichtungen, Verwendung finden. Wir können den Besuch dieses Konzerts bestens empfehlen. Das Bad ist auf herrlichen Waldwegen vom Bahnhofs Friedrichshagen und Rohnsdorf bequem zu erreichen.

## Gewerkschaftliches

### Transportarbeiter!

#### Zur Verbandsdelegiertenwahl

Die Wahl der Delegierten zum Verbandstag findet am 16. Juni in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags statt. Zur Stimmabgabe sind 49 Wahllokale in Berlin eingerichtet worden, die umfänglich im Inserat ersicht werden können. Ebenso sind die näheren Wahlbestimmungen aus demselben ersichtlich. Die Stimmzettel enthalten 64 Kandidaten. Davon sind aber 32 zu streichen. Als gewählt gelten diejenigen Kandidaten, welche in ihrer Sektion die relativ höchste Stimmenzahl erhalten. Eine Stichwahl findet nicht statt.

Unsere Genossen werden nicht umhin können, eine kräftige Wahlpropaganda zu treiben, um für eine geschlossene Wahlbeteiligung zu sorgen.

### Metallarbeiter!

Am 15., 16. und 17. Juli findet die Wahl zum Bevollmächtigten statt. Alle Gewerkschafter Amsterdamer Richtung geben ihre Stimme ab für

**Ziska**

### Buchbinder!

An alle noch in Arbeit stehenden Kollegen und Kolleginnen!

In äußerst schweren wirtschaftlichen Kämpfen befindet sich unsere Organisation. Die Unternehmer verweigern jede Teuerungszulage für den Monat Juli mit dem Hinweis, daß rechnerisch eine Teuerung noch nicht festgesetzt sei, während doch zweifellos eine beispiellose Verteuerung und damit eine Verelendung der Arbeiterschaft eingetreten ist. Zudem versuchen die Unternehmer, eine Verlängerung der Arbeitszeit unseren Kolleginnen und Kollegen aufzuzwingen. In einem geschlossenen Abwehrkampf steht unsere Mitglieberschaft den Unternehmern im ganzen Reich gegenüber.

Zur Finanzierung dieser Streiks und als Vorsorge für noch weiter sich entwickelnde Kämpfe hat der Verbandsvorstand von der 20. Woche ab einen Extra-Beitrag in der Höhe eines doppelten Wochenbeitrages ausgeschrieben. Es sind also vom Sonnabend, dem 15. Juli, ab, und zwar für die 20. Woche bis auf weiteres zwei Wochenbeiträge in allen Klassen zu leisten.

Der von der Ortsverwaltung ausgeschriebene Extra-Beitrag in Höhe von M. 20,— für Männliche, M. 10,— für Weibliche, M. 5,— für Jugendliche fällt insofern dessen weg, und erwarten wir von unseren Mitgliedern die restlose Zahlung des vom Verbandsvorstand ausgeschriebenen Extrabeitrages.

Stärkung der Zentralkasse und Durchhaltung der Kämpfe, nicht nur für Berlin, sondern im ganzen Reich! ist uns zur Pflicht geworden und hat jedes Mitglied zu seinem Teil dazu beizutragen.

Die Vertrauensleute und Einkassierer sind für die Aufklärung der Mitglieder und die regelmäßige Ablieferung der Beiträge verpflichtet.

**Hoch die Solidarität!**

Die Ortsverwaltung.

Betriebsräte und Vertrauensleute der reinen Buchbinderzeilen, Briefumschlag- und Geschäftsbuchbetriebe! Am Freitag, den 14. Juli, vorm. 10 Uhr, in den Dranien-Festjalen, Raunynstraße 27, wichtige Sitzung. Das Erscheinen aller ist unbedingte Pflicht!

Kontobucharbeiter! Am Freitag, den 14. Juli, mittags 1 Uhr in den Dranien-Festjalen, Raunynstraße 27, für alle im Streik befindlichen Kolleginnen und Kollegen wichtige Versammlung. Streikliste legitimiert!

Betriebsräte und Vertrauensleute der Buchdruckerzeilen! Freitag, den 14. Juli, nachm. 4½ Uhr in den Dranien-Fest-

jalen, Raunynstraße 27, wichtige Versammlung. Tagesordnung: Bericht von den Lohnverhandlungen mit dem Buchdruckerbetriebern. Das Erscheinen aller ist unbedingte Pflicht!

Die Streikenden aus den Briefumschlag- und Papierwarenbetrieben erhalten am Sonnabend früh in ihren Stimmlokalen nähere Nachricht über die für Montag, angesetzte Versammlung.

### Zur Lohnbewegung der Gemeindefarbeiter

Dem Magistrat sind am gestrigen Tage durch den Gemeindefarbeiter-Verband die Anträge des Lohnfortschritts für die Gemeindebetriebe überreicht worden. Die Anträge fordern auf die 3. Jt. bestehenden Stundenlöhne der Postarbeiter ab 1. Juli 1922 eine Erhöhung von 12 M. Die Löhne der Postarbeiterinnen sollen 80 Prozent der Stundenlöhne der Postarbeiter betragen. Die Löhne der Jugendlöhne und Mindererwerbssfähigen werden prozentual abgestuft. Außerdem wird gefordert:

Die Schwerarbeiterzulage und die Zulage für die Arbeitstechnischer Betriebe und Abteilungen, die bisher 10 Pf. pro Stunde betrug, auf 1 M. pro Stunde zu erhöhen.

Die Löhne der Postarbeiter betragen nach dem bisher geltenden 11. Lohnstufen: Ungelernte Arbeiter Grundlohn 20,95 M., nach 1 Jahr 21,45 M.; angelernte Arbeiter Grundlohn 21,55 M., nach 1 Jahr 22,05 M.; gelernte Arbeiter Grundlohn 22,60 M., nach 1 Jahr 23,10 M.

### Kampf der Feilenarbeiter

Die Feilenarbeiter Groß-Berlins stehen seit dem 26. Juni 1922 im Streik, um bessere Lohnbedingungen zu erringen. Der angesehene Schlichtungsausschuss sollte im Anbetracht, daß die Allford-Stundenverdienste der Feilenarbeiter ohne irgend welche sozialen Zulagen ca. 16 bis 24 M. betragen, einen Spruch, wonach vom 1. Juni 15 Prozent und ab 20. Juni 15 Prozent zu den Maßlöhnen gezahlt werden sollen. Dieser Spruch wurde von den Arbeitern angenommen, die Unternehmer des Deutschen Feilenbundes aber lehnten ihn ab. — Der Deutsche Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Berlin, hat die Verbindlichkeits-Erklärung des Spruches beim Demobilisierungskommissar beantragt.

Da die Feilenbündunternehmer von ihren Kollegen des Reiches finanzielle und materielle Unterstützung erhalten, ersuchen wir die Feilenarbeiter Deutschlands, darauf zu achten, daß fertige Feilen zur Niederringung der streikenden Berliner Feilenarbeiter nicht nach Berlin geschickt werden dürfen.

Desgleichen ersuchen wir um die moralische und finanzielle Unterstützung der gesamten Berliner Metallarbeiter, um den uns aufgedrungenen Kampf mit Erfolg führen zu können.

Brande der Feilenarbeiter Groß-Berlins.

### Drohender Streik bei der Omnibusgesellschaft

Für das technische Personal obiger Gesellschaft reicht die Deutsche Metallarbeiterverband Forderungen in der Höhe von 6 M. Zulage ein. Bei einer Verhandlung mit der Direktion bewilligte man ganze 2,75 M. die Stunde. Die Arbeiter lehnten dieses Angebot ab und riefen den Schlichtungsausschuss an.

Die Firma zog nun das erste Angebot wieder zurück. Nun wurde ein Spruch gefällt — gegen die Stimmen der Arbeitnehmer —, der den Arbeitern 3 M. bis 3,25 M. pro Stunde brachte, ferner eine Erhöhung der Rinderauslage um 0,25 M. und 1 M. für die Ehefrau.

In einer Versammlung wurde nach eingehender Debatte und gehemmer Abstimmung dieser sogenannte Schiedsspruch abgelehnt, der in keiner Weise den heutigen Verhältnissen Rechnung trägt.

Vorher vom letzten gewerkschaftlichen Mittel Gebrauch gemacht wird, soll noch versucht werden, in neuerlichen Unter-

Zum Sport nur

### Bären-Stiefel

Der Stiefel für schwere Beanspruchung.

Hochschützige Schnürstiefel bis zum Knie, wasserdichte Jagdstiefel, Bergstiefel, Tourenstiefel, Haterschuhe in höchster Vollendung. Knetgummi in Kautschuk (Knetgummi) (Nubagel), Leder (Knet), Leder-Furten und so weiter. Erkanntlich durch Reklameschilder „Bärenstiefel“.

Evtl. fordern Sie illustrierten Katalog direkt von

Hans Bähr, Berlin, Spezialhaus für Sportstiefel

Einzelverkauf Spittelmarkt 4-7.

(vor der Brücke) Isom / Isom / Isom.

Massary.  
Delft  
edel wie  
der Name



Fritzi  
Massary  
eine Zigarette  
von Rang

KON LINON

Urteilen Sie selbst!

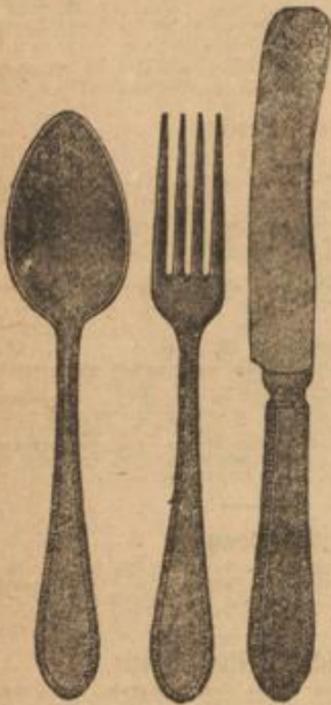


# Unser Inventur-Ausverkauf der Abteilung „Alpacca-Bestecke“ vom 12.-22. Juli

bietet außerordentlich günstige Einkaufsgelegenheiten für Hotel- und Restaurantbedarf, für Geschenkzwecke u. für den Haushalt!

Die Preise für Metall und Metallwaren, für Edelmetalle und für Silber sind während der letzten 10 Tage infolge des hohen Dollarkurses ganz enorm gestiegen. Wir bringen noch aus vorhandenen Lagerbeständen so außerordentlich günstige Angebote, daß unsere angegebenen Verkaufspreise heute nachweisbar teilweise unter unseren neuen Einkaufspreisen liegen! Unter den gegenwärtigen Verhältnissen veranstalten wir den Inventur-Ausverkauf nur, um unserem alten Branch nicht untreu zu werden und unserer Kundschaft auch in dieser Zeit mit preiswerten Angeboten dienen zu können.

Unsere Angebote sind diesmal ganz außergewöhnlich vorteilhaft und bemerken wir noch, daß sich sämtliche Preise nur soweit Vorrat verstehen. Mengenabgabe bleibt in jedem Falle vorbehalten.



**Wer jetzt einkauft, spart viel Geld!**

## Ia Alpacca-Bestecke naturpoliert

Kaffeelöffel in glatter Ausführung .. 18.-	Eßlöffel in Perirand- .. 38.-	Eßbestecke in glatt. Hotelmast.-Ausföhr. mit bauchig. Messergriffen, Messer und Gabel .. Paar 72.-
Kaffeelöffel in verzierter .. 18.-	Eßlöffel in Lorbeerstil- .. 60.-	Eßbestecke in Flügelstil-Ausführung, Messer und Gabel .. Paar 154.-
Kaffeelöffel in Birnenform- .. 21.-	Eßlöffel in Flügelstil- .. 59.-	Eßbestecke in Lorbeerstil-Ausführung, Messer und Gabel .. Paar 156.-
Kaffeelöffel in Perirand- .. 24.-	Eßlöffel in Fadenstil- .. 65.-	Eßbestecke in Fadenstil-Ausführung, Messer und Gabel .. Paar 165.-
Kaffeelöffel in Lorbeerstil- .. 32.-	Eßlöffel in Perirand-Luxus-Ausführung .. 85.-	Eßbestecke in Perirand-Luxus-Ausföhr. Messer und Gabel .. Paar 156.-
Kaffeelöffel in Flügelstil- .. 31.-	Eßlöffel in Jugendstil-Luxus-Ausföhr., St. in extra schwerer, glatter Ausführung (Hotellöffel) .. Stück 29.-	Eßbestecke in Jugendstil-Luxus-Ausführung .. Paar 197.-
Kaffeelöffel in Fadenstil- .. 34.-	Eßbestecke in glatter, schöner Ausführung, Messer und Gabel .. Paar 59.-	Obstmesser mit Stahlbronsklinge, in prachtvoller Ausf. Stück 18.-
Kaffeelöffel in Perirand-Luxus-Ausführung 37.-	Frühstücksbestecke hiervon .. Paar 54.-	Ebenholz-Luxus-Tischbestecke Messer und Gabel .. Paar 90.-
Kaffeelöffel in Jugendstil-Luxus-Ausführung 37.-	Eßbestecke in schön verzierter Form, Messer und Gabel .. Paar 59.-	Ebenholz-Tranchierbestecke Gelegenheitskauf .. 180.-
Eßlöffel in glatter Ausführung .. 26.-	Frühstücksbestecke hiervon .. Paar 54.-	
Eßlöffel in verzierter .. 26.-	Eßbestecke in Perirand-Ausführung, Messer und Gabel .. Paar 93.-	
Eßlöffel in Birnenform- .. 29.-		

### Spezial-Angebot für Restaurants, Konditoreien, Cafés etc.

Mokkalöffel in Viktoria-Aluminium .. Stück 2.-
Kaffeelöffel in Viktoria-Aluminium .. Stück 3.-
Durania-Kaffeelöffel .. Stück 12.-

**Neu aufgenommen:**  
Strohtrinkröhren konkurrenzlos billig 48<sup>00</sup>  
per 1000 Stück .. .. .

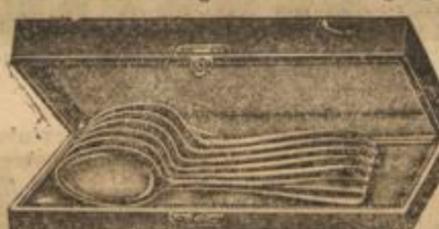
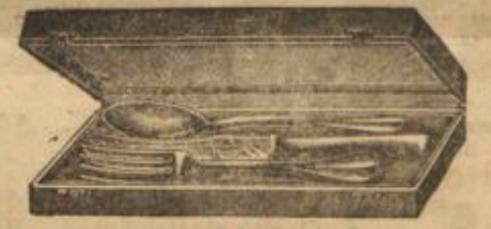
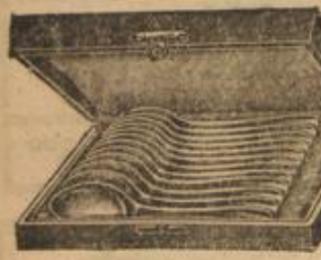
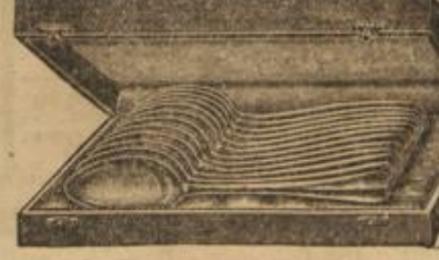
Durania-Eßlöffel .. Stück 16.-
Durania-Eßgabeln .. Stück 16.-
Ein Posten Sollinger Tischmesser mit Alpaccagriff, Gelegenheitskauf .. Stück 33.-

Zusendung durch unsere Radfahrer auf telefonischen Anruf innerhalb 2 Stunden! Nach außerhalb Versand gegen Voreinsendung des Betrages und 10 Mark für Porto und Verpackung.

## Geschenkartikel zu bedeutend herabgesetzten Preisen!

**Außerordentlich praktische Geburtstagsgeschenke!**

Sämtliche Etuis sind mit erstklassiger Kunstseide ausgelegt und machen einen vorzüglichen Eindruck

 <p><b>Etui</b> enthaltend 6 Kaffeelöffel, gestempelt „Alpacca“, Etui mit Inhalt .. .. . jetzt <b>144.-</b></p>	 <p><b>Etui</b> enthaltend 6 Eßlöffel, gestempelt „Alpacca“, Etui mit Inhalt .. .. . jetzt <b>228.-</b></p>	 <p><b>Etui</b> enthaltend 3-teiliges Kinderbesteck, Kinderlöffel, Kindelgabel, Dessertmesser, Etui mit Inhalt .. .. . jetzt <b>142.-</b></p>
 <p><b>Etui</b> enthalt. 12 Kaffeelöffel, gestempelt „Alpacca“, Etui mit Inhalt .. .. . jetzt <b>275.-</b></p>	 <p><b>Etui</b> enthaltend 12 Eßlöffel, gestempelt „Alpacca“, Etui mit Inhalt .. .. . jetzt <b>417.-</b></p>	<p>Tortenheber in Etui .. .. . 150.- Gemüselöffel in Alpacca .. .. . 68.- Saucenlöffel in Alpacca .. .. . 85.- Suppensöpfer in Alpacca .. .. . 120.-</p>

Wir sind Lieferanten erster Hotels, Restaurants, Bahnhofswirtschaften, Konditoreien und Cafés in ganz Deutschland! Viele Anerkennungs-schreiben bezeugen unsere außerordentliche Leistungsfähigkeit!

! Unseren neuen, soeben erschienenen, reichhaltig illustrierten Katalog über Alpacca-Bestecke mit und ohne Silberauflage versenden wir gegen Einsendung von Mk. 5.-, die bei Bestellung wieder in Abrechnung gebracht werden. Lassen Sie sich solchen sofort kommen, eine Bestellung aus demselben ist für Sie unbedingt lohnend!

## Franz Borowicz

**Metallwarenindustrie**  
**Berlin SO 26, Waldemarstr. 27** vorn parterre  
1 Minute vom Moritzplatz und Oranienplatz  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 4675 und 4676.  
Geschäftszeit von 10 - 7 Uhr.



# Ata

*Putz mit Ata Tonf und Herd, Weil's den schönsten Glanz bescheert!*

Henkel's Puß- und Scheuerepulver; für Haushalt, Gewerbe und Industrie **unentbehrlich.**

Niederlage Hersteller:  
**HENKEL & CO., DUSSELDORF.**

**Kleide Dich billig, elegant!** im Leihhaus Moritzplatz 58 a

Jackett-Anzüge, Covercoats, Gummimäntel, Cutaways, Schlüpfer  
jezt von 1000 M. an. Ferner Damen-Nostäme, Mäntel, Wäsche, Topptische, unarm billig. Pelzwaren, Kreuzlöcher 400 M. Job. Hülsen, Glas-, Silberlinsen, Skunks, Wäse, Lachs, Sportpelz, Gehäute enorm billig. Damen-Pelzmäntel 3500 M. Pelzdecken. (Keine Lombardware.)